

Ob Tulpenschwindel oder Immobilienblase – Die Abläufe der Wirtschaftskrisen sind ähnlich

Historische Perspektive
auf ökonomischen Rhythmen und ihre Ursachen

von **Werner
Plumpe**

Wirtschaftskrisen sind nichts Neues. Sie zählen im Laufe der Jahrhunderte zu wiederkehrenden Ereignissen. Seit dem 19. Jahrhundert strahlen sie allerdings meist weit über das ökonomische Geschehen hinaus. Ihre Ursachen sind vielfältig und lassen sich nicht allein auf das Verhalten einzelner Personen oder »der Märkte« reduzieren. Die als so beunruhigend wahrgenommenen Spekulationen müssen als ein notwendiges Moment allen wirtschaftlichen Handelns betrachtet werden und gehören zu den Rhythmen, die – so zeigen auch die jüngsten Entwicklungen – durch staatliche Interventionen nicht ohne Weiteres umzukehren sind.



Als im August 1857 die amerikanische Okio Life Insurance and Trust Company, die kurzfristige Gelder langfristig in Eisenbahngesellschaften angelegt hatte, zahlungsunfähig wurde, brachen die Kurse an der New Yorker Börse ein. In der Folge kam es am 10. Oktober 1857 zum New Yorker Bankrun; ähnlich wie nach der Lehman-Krise 2008 bangten die Menschen vor der Börse und protestierten. Im 19. Jahrhundert wie im 21. Jahrhundert waren lange Phasen der Expansion und Spekulationen dem Banken-Crash vorausgegangen.

Im April und Mai 1873 platzte an der Wiener Börse eine Immobilienblase. Unter den zahlreichen Anlegern aus Hochadel, Bürgertum und einfachem Volk brach eine Panik aus. Die eben noch so erfolgreichen Bankiers und Börsenhändler fürchteten plötzlich um Freiheit und Leben. Manche griffen zu drastischen Mitteln. So schrieb eine Wiener Zeitung, dass einige Börsenhändler »Selbstmord fingierten, indem sie ihre alten Kleider an einer Brücke niederlegten und in neuen das Weite suchten«. Ganz ähnlich berichtete der »Spiegel« am 26. Januar 2009: »Eine Reihe prominenter Selbstmorde schockiert die Wall-Street. Doch nicht in allen Fällen bringen sich Banker und Börsenhändler tatsächlich um – einige täuschen ihren Freitod vor, um der Stafverfolgung zu entkommen.« Das Fluchtverhalten scheint nicht unbegründet; in der Öffentlichkeit sind es vor allem die Akteure an den Finanzmärkten, denen die Krise angekreidet wird.

Ernteschwankungen, Spekulationskrisen und Staatsbankrotte

Doch ein Blick zurück durch die Jahrhunderte schürt Skepsis gegenüber diesem ebenso populären wie vereinfachenden Bild. Denn Wirtschaftskrisen zählen zu den wiederkehrenden, prägenden Ereignissen der Geschichte; ihre Bedeutung war und ist häufig so groß, dass sie weit über das wirtschaftliche Geschehen hinaus ausstrahlen und ernsthafte politische und soziale Probleme auslösen. Wirtschaftskrisen sind auch keine neue Erfahrung. Bereits aus dem Alten Testament sind mit der Joseph-Geschichte die sieben mageren und die sieben fetten Jahre überliefert. Ernteschwankungen und in ihrem Gefolge Teuerung, Hunger und Not zählten zu den ständigen Begleitern der Geschichte Alteuropas. Auch als diese Krisen ab dem 19. Jahrhundert durch die zunehmende Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft überwunden werden konnten, führte das keineswegs zu einem Ende der Krisen. Seither wird die Entwicklung der Wirtschaft von konjunkturellen Rhythmen geprägt. Ernteschwankungen und

Schwankungen der Konjunktur sind nicht die einzigen Plagen, die die Menschheit zu ertragen hatte und noch erträgt. Hinzu treten Spekulationskrisen, die ebenfalls keine neue Erscheinung sind. Der Tulpenschwindel in Holland im 17. Jahrhundert, die Südsee-Blasen im England des 18. Jahrhunderts oder die zahlreichen Spekulationsblasen des 19., 20. und 21. Jahrhunderts markieren eine schier nicht enden wollende Reihe krisenhafter Abschwünge.

Und schließlich die verbreiteten Staatsbankrotte. Folgt man den amerikanischen Ökonomen Carmen M. Reinhart und Kenneth S. Rogoff, zählen die durch

Zahlungsschwierigkeiten von Staaten beziehungsweise durch ihre überhöhte Verschuldung ausgelösten Probleme zu den häufigen Krisenverursachern der letzten Jahrhunderte. Auch wenn man die Staatsbankrotte nicht unbedingt zu den Wirtschaftskrisen im engeren Sinn rechnen möchte, da ihre Ursachen in der Regel



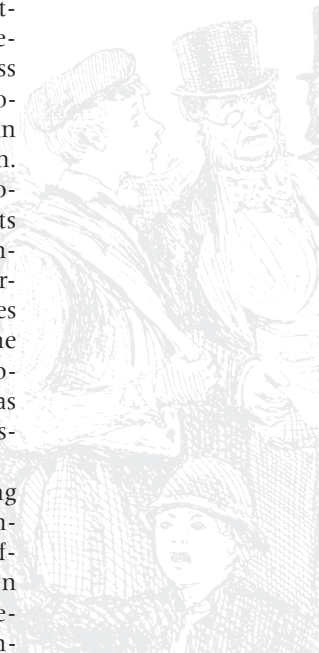
Als Mitte des 17. Jahrhunderts die ersten Tulpen aus Asien nach Holland eingeführt wurden, waren sie gleich hochbegehrt – nicht nur bei Blumenfreunden, sondern auch bei Spekulanten. Neuzüchtungen erzielten Preise bis zu 10000 Gulden. Die Spekulanten tätigten auf Kredit Termingeschäfte, denn die Preise verfünffachten sich innerhalb kurzer Zeit. Im Februar 1637 aber war der Höhepunkt der Spekulation überschritten, Verkaufspanic setzte ein und die Preise verfielen rasant. Bis heute gilt die »Tulpenmanie« in den Jahren 1634 bis 1638 als erste und eine der eindrucksvollsten Warenterminspekulationen.

politischer und nicht ökonomischer Art sind, entfalten sie gleichwohl eine ungeheure Krisendynamik, wie derzeit die Verschuldungskrisen in Europa und den USA zeigen.

Was charakterisiert eine Wirtschaftskrise?

Nimmt man alles zusammen, sind Krisen offensichtlich normaler Bestandteil des ökonomischen Geschehens. Sie scheinen überdies so vielfältig zu sein, dass es schwer fällt, hierfür das Verhalten einzelner Personen verantwortlich zu machen, geschweige denn ein aussagefähiges theoretisches Krisenmodell vorzulegen. Der deutsche Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker Werner Sombart (1863 – 1941) beklagte bereits 1904 eine nicht mehr überschaubare Fülle an Krisentheorien. Die gegenwärtige ökonomische Theorie verzichtet im strengen Sinn ganz auf die Verwendung des Krisenbegriffs und benutzt statt dessen in der Sprache der Konjunkturtheorie Begriffe wie Rezession, Abschwung oder Depression, um das zu bezeichnen, was in der Öffentlichkeit im Allgemeinen als Wirtschaftskrise verstanden wird.

Trotz dieser Ungenauigkeiten ist die Verwendung des Begriffs »Wirtschaftskrisen« aber durchaus sinnvoll, nicht zuletzt, weil seine Bedeutung in den öffentlichen Debatten außer Frage steht. Im weitesten Sinne bezeichnen Krisen bestimmte Phasen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die als Störun-





Die Hungersnot von 1816/1817 bildete eine der letzten Krisen des Typs »Ancien Regime«, die zumeist durch eine oder mehrere Missernten ausgelöst wurde. Nachdem es bereits 1815 eine schlechte Ernte gegeben hatte, waren auch die Sommer 1816 und 1817 wegen des Ausbruchs des indonesischen Vulkans Tambora völlig verregnet, sodass die Getreidernte in Mitteleuropa äußerst schlecht ausfiel. Die Brotpreise verteuerten sich bis 500 Prozent; große Teile der Bevölkerung, insbesondere die sowieso am Existenzminimum lebenden Unterschichten, hungerten, und die Sterblichkeit stieg extrem an. Wegen der hohen Lebensmittelpreise fehlte der Bevölkerung Kaufkraft für gewerbliche Produkte, die Krise übertrug sich so auch auf Handwerk und Gewerbe. In zahlreichen Drucken wurde im Nachhinein wie hier im Bilderbogen der Theurungs-Jahre 1816/1817 gedacht.

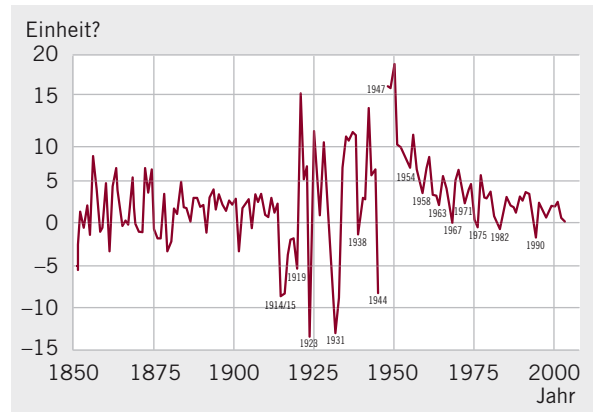
stimmt war, begrenzt. Die entscheidenden Faktoren im Krisengeschehen waren Klima und Wetter. Günstige klimatische Bedingungen ermöglichten gute Ernten, niedrige Lebensmittelpreise sowie wachsende Bevölkerungszahlen und in der Folge sinkende Löhne und einen Anstieg auch der gewerblichen Produktion, die angesichts niedriger Lebensmittelpreise auf günstige Nachfragebedingungen traf. Schlechte Ernten konnten hingegen rasch verheerende Folgen haben: Beschäf-

Victualien-Preise in dem Hungerjahre 1817, in Monat Sommer.

gen wahrgenommen werden. Der Krisenbegriff bezieht sich einerseits auf den Umschlagspunkt von einer Aufschwungphase oder zumindest einer Phase stabiler wirtschaftlicher Entwicklung in Stagnation und Abschwung, andererseits aber bezeichnet er auch die Abschwung- und Depressionsphase selbst. Betrachtet man den wirtschaftlichen Strukturwandel unter der Perspektive gesamtwirtschaftlicher »Störungen«, so lässt sich das Krisengeschehen historisch grob ordnen.

Klima und Wetter als Auslöser für Krisen der vormodernen Welt

Die Krisen der vormodernen Welt, also der Zeit vor der Durchsetzung des modernen Kapitalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts, waren vor allem Agrar- und Ernährungskrisen. Zwar gab es zahlreiche Staatsbankrotte, und auch das Auftreten und Platzen von Spekulationsblasen war nicht selten. Aber deren gesamtwirtschaftliche Folgen waren in einer Welt, die wirtschaftlich von der Landwirtschaft und den Bemühungen um die Sicherstellung der Ernährung be-



Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes pro Kopf in Deutschland, 1851 – 2002.

tigungslosigkeit, Hunger und Elend, Bettelei und Tod waren dann häufige Gäste gerade in den Häusern der armen Bevölkerung. Erst die großen Fortschritte der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert beendeten diese stete Bedrohung.



Die deutsche Reichsgründung und die französischen Kontributionszahlungen 1870/1871 heizten nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa und den USA die gute Konjunktur zu einem regelrechten Boom an. Zahlreiche Industrieunternehmen und Banken entstanden neu oder werden in Aktiengesellschaften umgewandelt. Allein in Deutschland wurden zwischen 1871 und 1873 mehr als 900 neue Aktiengesellschaften gegründet, darunter 100 Aktienbanken; die meisten waren mit einem zu hohen Aktienkapital ausgestattet, das in keinsten Weise angemessen zu verzinsen war. Diesen Gründer-schwund nimmt die Satire-Zeitschrift Kladderadatsch 1873 aufs Korn.



Zur Aktienhausse kam in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts eine Immobilienspekulation, die zuerst in Österreich im Frühjahr 1873 platzte und die Menschen vor der Wiener Börse in Furcht versetzte. Als dann im September des gleichen Jahres auch die New Yorker Börse zusammenbrach, griff die Krise nach Deutschland über und beendete auch die dortige Spekulationsblase.

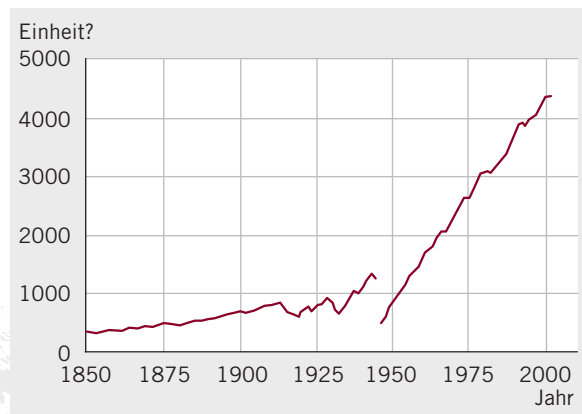
Die innere Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung

Zwar verloren die Wirtschaftskrisen nach und nach ihre apokalyptischen Dimensionen. Stattdessen wurden sie zum wiederkehrenden, geradezu rhythmischen Muster, das nicht mehr äußeren Irritationen, sondern offensichtlich einer Art inneren Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung folgte. Karl Marx (1818 – 1883) sah die rhythmischen Schwankungen der Wirtschaft bereits für die 1820er Jahre als gegeben an. Spätestens seit den 1860er Jahren und den Beobachtungen des französischen Arztes Clement Juglar (1819 – 1905) war offensichtlich, dass der wirtschaftliche Strukturwandel Zyklen durchlief, Zyklen von Aufschwung, Boom, Rezession und Depression, die sich – so Juglars empirisch durchaus stimmige Annahme – zudem in einem relativ festen zeitlichen Rahmen von sechs bis zehn Jahren abspielten und weiterhin abspielen. Die moderne Wirtschaft weist mithin im Gegensatz zur vormodernen Welt Zyklen auf, die aber keineswegs der von Marx unterstellten Untergangslage folgten. Im Gegenteil erwiesen sie sich als Erscheinungsweise einer tendenziell wachsenden Wirtschaft und eines intensiven ökonomischen Strukturwandels.

Die Umschwünge vom Boom zur Rezession wurden und werden daher auch nicht unbedingt stets als krisenhaft erfahren, sondern können, wie etwa in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Wachstumszyklen wahrgenommen werden. Andererseits waren die Krisen der Jahre vor 1848 oder der Zwischenkriegszeit im 20. Jahrhundert mit großem sozialen Elend verbunden, das zu Krisen des politischen Systems beitrug. Offensichtlich gibt es Phasen, in denen Krisen eher hingenommen werden, und Phasen, in denen die Bedeutung von Krisen dramatisch zunimmt und sie das gesamte Gesellschaftssystem in Mitleidenschaft ziehen können.

Knut Borchardt hat für den modernen Kapitalismus in Anlehnung an eine Formulierung von Karl

Marx die überaus hilfreiche Unterscheidung zwischen »Krisen an sich« und »Krisen für sich« getroffen. »An sich« lassen sich alle Umschwünge vom Boom zum Abschwung als »Krise« begreifen; aber ob sie in einem manifesten Sinne auch zu »Krisen für sich« werden, hängt nicht nur von ihren gesamtwirtschaftlichen Dimensionen und sozialen Folgen, sondern auch stark davon ab, wie insbesondere die Zeitgenossen auf das wirtschaftliche Geschehen reagieren. Die Erwartungshaltungen von Unternehmen und Haushalten spielen für das Krisengeschehen eine ebenso wichtige Rolle wie die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion



Das reale Bruttoinlandsproduktes pro Kopf in Deutschland, 1851 – 2002.

der Wirtschaftswissenschaft sowie die Reaktion der Politik. Insofern sind auch in unserer Erinnerung keineswegs alle Konjunktumschwünge gleichermaßen präsent.

Immer einflussreicher: Interpretation der Krise und wirtschafts- und sozialpolitische Reaktionen

Die Diskussion der Jahre nach 2008, also nach dem Ausbruch der letzten Weltwirtschaftskrise, der ersten großen Krise nach dem Zweiten Weltkrieg, erinnerte vor allem an jene Krisen, die von den Zeitgenossen



Franklin D. Roosevelt, Herausforderer bei der US-Präsidentenwahl 1931, setzte seinen Wahlkampf unter das Motto »A New Deal«, was im Englischen eine Neuverteilung der Karten meint. Er forderte ein Ende der sparsamen Haushaltspolitik und eine gerechtere Verteilung des Wohlstands auf alle Gruppen der Gesellschaft und hatte vor allem im Auge, die Interessen des Big Business zu beschränken. Dazu plante er zahlreiche Maßnahmen – von der Abwertung des Dollars über Stützungsmaßnahmen der Landwirtschaft bis hin zu staatlichen Infrastrukturmaßnahmen.

als besonders tief und heftig wahrgenommen wurden. Das Krisengeschehen in der Moderne, so ist zu schlussfolgern, hat daher nicht allein etwas mit der Veränderung von gesamtwirtschaftlichen Größen zu tun, sondern ebenso mit ihrer Interpretation und den wirtschafts- und sozialpolitischen Reaktionen auf sie. Werden Krisen als dramatisch erfahren, ist auch die Suche nach dem hierfür Verantwortlichen ausgeprägt. Das hat insbesondere die »Spekulation«, neuerdings auch »die Märkte« in Verruf gebracht und ihnen den Nimbus einer Geißel der modernen Wirtschaft eingetragen.

Die Krisen, also die mehr oder weniger regelmäßigen Störungen der gesamtwirtschaftlichen Leistung, waren aber weder unter den Bedingungen der älteren Agrarverhältnisse eine Folge von dem, was man heute umgangssprachlich unter Spekulation versteht, noch findet sich in der Moderne ein unmittelbarer Zusammenhang von Spekulation und Krise. Die eigentliche Bedeutung von Spekulation ist unter einem gewaltigen Berg von mehr oder minder populären Vorurteilen verschüttet.

Spekulation als notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung

Wirtschaftlich gesehen ist Spekulation kein Übel, sondern ein notwendiges Moment allen wirtschaftlichen

Handelns, das bei seinem Abschluss mit zukünftigem Erfolg kalkuliert und sich deshalb auf das Risiko einlässt, heute etwas zu tun, von dem man erst in der Zukunft wissen kann, ob es erfolgreich ist. Spekulation ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass es überhaupt zu wirtschaftlicher Entwicklung kommt und nicht nur zu einer Wiederholung des bereits Bekannten. Das heißt nicht, dass Spekulation immer gleich ist und historisch immer gleich war. Zweifellos gibt es Phasen größerer und Zeiten geringerer Spekulationsfreude, zweifellos gab und gibt es auch Übertreibungen, die man aber nur im Nachhinein feststellen kann. Im Moment der Entscheidung selbst steht nicht fest, wie die Spekulation ausgeht! Es gehört daher geradezu zu den feststehenden historischen Wahrheiten, dass bei Spekulationskrisen es immer alle schon gewusst haben, wenn es so weit ist.

Größere Spekulationsphänomene finden sich in der Regel immer dann, wenn hohe Erwartungen mit einer guten Liquiditätsversorgung und niedrigen Zinsen zusammentreffen, man also für vermeintlich aussichtsreiche Geschäfte billig und leicht Kredit bekommen kann. Derartige spekulative Wellen neigen zudem zur Selbstverstärkung, die durch Arbitrageure, also Marktakteure, die nicht an den Geschäften selbst, sondern vor allem an der Nutzung von Preisunterschieden interessiert sind, getragen werden. Spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem sich zeigen muss, ob die großen Erwartungen auch gerechtfertigt sind, neigen Spekulationsblasen dazu, zu platzen. Dieses Platzen hatte in der älteren Welt zumeist begrenzte Folgen, da die Landwirtschaft selbst hiervon kaum betroffen war. Im modernen Kapitalismus ist das anders, weil sich hier das spekulative Verhalten in der Regel mit der Aufschwungphase eines Zyklus, wenn alle Marktakteure von steigenden Preisen und glänzenden Aussichten ausgehen, verbindet.

Der moderne Kapitalismus zeichnet sich überdies dadurch aus, dass er spekulative Momente zur Finanzierung von Großprojekten über neue Unternehmensformen (Aktiengesellschaften) und neue Finanzierungsstrukturen (Börsen, Kapitalmärkte) regelrecht institutionalisiert. Zwar gibt es auch seit dem 19. Jahrhundert Spekulationsphänomene, die mit dem Konjunkturzyklus wenig zu tun haben, doch im Regelfall ist die Spekulation ein Begleiter des Aufschwungs, den sie bis zu dem Punkt trägt und verstärkt, an dem die zeitweilig übertriebenen Erwartungen an Absatz, Gewinn und Rendite nicht eingelöst werden. In der modernen Welt ist Spekulation daher auch der Ausdruck intensiven, durch die Finanzmärkte vorweggenommenen Strukturwandels, der die Tendenz haben kann, in Übertreibungen zu enden. Das ist ein Risiko, das im modernen Kapitalismus wohl unvermeidlich ist, auch wenn es geboten sein kann, das Ausmaß der Spekulation zu begrenzen. Und auch die Dämonie der »Märkte«, die derzeit gelegentlich beschworen wird, entbehrt bei genauerem Hinsehen der Substanz. »Märkte«, ausgestattet mit einer Art kollektivem Willen und einer entsprechenden Handlungsfähigkeit, sind wohl eher eine rhetorische Figur der Politik, um die Komplexität unbeherrschter ökonomischer Prozesse zu einem moralischen Problem der Marktakteure zu stilisieren, gegen die wiederum politisches Handeln aussichtsreich erscheinen mag.



Pessimismus macht sich in den 1960er Jahren breit. Die Rezession von 1966/1967 gilt als die erste ihrer Art in der jungen Bundesrepublik, vorausgegangen waren lange Jahre des Aufschwungs. Der Rückgang des Wachstums und Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 2,1 Prozent 1967 hatten in der Bevölkerung und der Politik psychologisch eine enorme Wirkung. Die Rezession löste auch den Sturz der Regierung Erhard aus. Zudem bereitete sie auch dem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik den Weg: Die nachfolgende Große Koalition mit dem Wirtschaftsminister Karl Schiller betrieb eine aktive keynesianisch ausgerichtete Globalsteuerung.

Politische Reaktionen auf wirtschaftliche Schwankungen

Nun haben die dem Kapitalismus inhärenten Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch bereits die vormodernen Krisen stets politische Reaktionen hervorgerufen. In der alteuropäischen Welt war eine Politik der Krisenvermeidung allerdings ausgeschlossen; man konnte bestenfalls Vorsorge für schlechte Zeiten treffen und gegen Wucherer und Spekulanten, die das Elend verschärften, vorgehen. Noch das 19. Jahrhundert nahm Wirtschaftskrisen, die etwa 1857 oder 1873 ein erhebliches Ausmaß hatten und globale Dimensionen erreichten, nicht nur hin, sondern sah in ihnen geradezu das »reinigende Gewitter« nach der Schwüle des Booms, das zudem zumeist die Spekulanten, also die »Richtigen« traf. Im 20. Jahrhundert, insbesondere seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise, änderte sich das Bild freilich, nicht zuletzt wegen der ungeheuren sozialen Verelendung, die sich infolge der Krise von 1929 in Nordamerika und Europa ausbreitete. Seither haben alle Wirtschaftskrisen einen eminent politischen Charakter, da insbesondere die demokratischen Staaten

Literatur

Werner Plumpe *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart* 3. durchgesehene und aktualisierte Auflage, München 2012.

derartige »Störungen« nicht mehr einfach hinnehmen können, sondern zum Handeln verpflichtet zu sein scheinen, um die Bürger vor den Folgen ökonomischer Schwankungen zu schützen.

Spätestens mit Keynes' Allgemeiner Theorie von 1936 schien auch der passende Schlüssel zur Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gefunden. Der staatlichen Wirtschaftspolitik wuchs damit nicht nur die Aufgabe zu, die sozialen Folgen von Wirtschaftskrisen zu mildern, sondern weit darüber hinaus für eine gleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen, wozu sie im deutschen Fall durch das Stabilitätsgesetz von 1967 sogar gesetzlich verpflichtet wurde. Was im Boom der Wiederaufbaujahre zu funktionieren schien, erwies sich in der krisenhafteren Entwicklung der 1970er Jahre aber sehr rasch als illusionär: Weder konnte der Staat die konjunkturellen Rhythmen unterbinden noch gelang es, die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten. Im Gegenteil: Die Staatsquote, also der Anteil des Staates und der Sozialversicherung am Inlandsprodukt, explodierte und erreichte schließlich gut 5 Prozent (nach 20 bis 30 Prozent im Wiederaufbau), zusätzlich stieg die Staatsverschuldung dramatisch an und die Inflation nahm zu.

Es wird heute oft vergessen, dass der sogenannte Neoliberalismus von Margaret Thatcher und Ronald Reagan eine Reaktion auf die Krise des Sozialstaates und nicht deren Ursache war! Doch wie dem auch sei, die sich anschließende Phase eines globalen Expansionsprozesses nährte eine andere Hoffnung, nämlich die eines immerwährenden Gleichgewichtes deregulierter Märkte, die sich spätestens 2007/2008 ebenfalls als Illusion erwies. Doch anstatt die Rhythmen zu akzeptieren und sich auf deren soziale Abpufferung zu beschränken, suchten die Staaten erneut mit massivem Aufwand den ökonomischen Prozess zu stabilisieren und in die richtige Richtung zu drängen – mit dem Ergebnis einer zugleich enttäuschenden Entwicklung wie einer nunmehr die Handlungsfähigkeit der Staaten endgültig infrage stellenden Staatsverschuldung. Die Angst vor einer Destabilisierung durch ökonomische Krisen wurde so selbst zur prominenten Krisenursache. ◆

Der Autor



Prof. Dr. Werner Plumpe, 57, lehrt und forscht seit 1999 am Historischen Seminar der Goethe-Universität. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Neuzeit, die Unternehmens- und Industriegeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die Geschichte der Industriellen Beziehungen sowie die Geschichte des ökonomischen Denkens und der ökonomischen Theorien. Plumpe ist Vorsitzender des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands und

unter anderem Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Plumpe gehört derzeit zum wissenschaftlichen Beirat der Historischen Zeitschrift; von Oktober 2010 bis September 2011 war er Fellow des Historischen Kollegs München.

w.plumpe@em.uni-frankfurt.de